Bis 2020 mindestens 6.500 Nachwuchskräfte in der Pflege benötigt

Schwarz: Schulgeldfreiheit in der Altenpflege endlich abgesichert

Donnerstag 25. September 2014 - **Hannover (wbn). Nach Jahren der „CDU/FDP-Blockadepolitik“ hat die Regierungskoalition in Niedersachsen die gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit für Auszubildende in der Altenpflege beschlossen.**

„In den nächsten 15 Jahren werden in Niedersachsen nach Aussagen aller Wissenschaftler 350.000 Pflegebedürftige leben. Dadurch werden schon im Jahr 2020 mindestens 6.500 Nachwuchskräfte in der Pflege fehlen“, erklärt dazu der sozial- und gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Schwarz. Schwarz: „Die alte Landesregierung hat die gesetzlich abgesicherte Schulgeldfreiheit immer abgelehnt. Lediglich vor der Landtagswahl 2013 setzte ein Sinneswandel ein.

Fortsetzung von Seite 1

Danach wurden Zuschüsse gezahlt, die aber nicht abgesichert und vor allem nicht ausfinanziert waren. Deshalb ist die gesetzliche Absicherung der Schulgeldfreiheit, wie SPD und Grüne sie jetzt beschlossen haben, so wichtig. Sie ist ein maßgeschneiderter Baustein, um die Attraktivität für eine Altenpflegeausbildung zu erhöhen.“

Wer mehr junge Menschen für diesen Beruf mit Zukunft gewinnen will, der müsse ihnen auch die Sicherheit geben, dass sie nicht auch noch Geld mitbringen müssen und jedes Jahr von der Großzügigkeit des Landes abhängig sind“, betont der SPD-Gesundheits- und Pflegeexperte. Die Regierungskoalition stelle im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2015 6,8 Millionen Euro bereit, um die Schulgeldfreiheit in der Altenpflege zu finanzieren, nachdem der Landtag sie gesetzlich abgesichert hat. Sie sei ein wichtiges Instrument, um den Pflegenotstand zu verhindern, sagt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Uwe Schwarz.

„Das ist ein guter Tag für die Altenpflege in Niedersachsen und ein wichtiger Beitrag zur längst überfälligen Wertschätzung des Altenpflegeberufs. Die Regierungskoalition hält wieder Wort. In Vorbereitung ist als Nächstes ein Gesetzesvorhaben zur Einführung einer Ausbildungsumlage.

So wollen wir die Zukunft der Altenpflege in Niedersachsen sichern“, sagt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Uwe Schwarz.